



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 24.06.2021

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
am Dienstag, 29. Juni 2021, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der  
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2021
2. 21-A-77-0001  
Bioklimatische Auswertungen für Wiesbaden  
- Präsentation des Dezernates V -

**3. 21-F-24-0002**

**ANLAGE**

Neue Hochspannungstrasse im Wiesbadener Osten - ein Kommunikationsdebakel

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vom 05.05.2021 -
- Beschluss Nr. 221 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 -

**4. 21-F-67-0004**

Mehr Begrünung und Erholung in der Fußgängerzone

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 23.06.2021 -

Zwischen Mauritiusplatz und Bärenstraße gibt es kaum Möglichkeiten sich hinzusetzen und im Schatten zu verweilen. Eine zusätzliche Begrünung durch Bäume, Wiesen oder andere schattenspendende Maßnahmen, wie die Befestigung von Sonnensegel, würde erheblich dazu beitragen, dass die Innenstadt in den heißen Sommermonaten nicht überhitzt. Die vorhandenen baulichen Möglichkeiten müssen genutzt werden, um das Mikroklima auch für Anwohnerinnen und Anwohner deutlich zu verbessern und Abkühlungsmöglichkeiten für Menschen und Tiere zu schaffen. Andere Städte wie Arona und Jerusalem befestigen in kleineren Gassen bunte Regenschirme, die nicht nur Schatten spenden, sondern nebenbei auch zahlreiche Schaulustige anziehen.

Am Platz der Deutschen Einheit gibt es ein größeres Stück unbenutzte Grünfläche, dass sich besonders als wilde Blumen- bzw. Bienenwiese eignen würde. Ebenso gibt es eine entsprechende Fläche zwischen dem Gemeindebadgäßchen und dem Parkhaus, die vor kurzem in Kieselsteinoptik versiegelt und mit zwei Bäumen bepflanzt wurde. Die Versiegelung erhitzt bei Sonneneinstrahlung schnell und führt dazu, dass das Regenwasser nicht vom Erdreich aufgenommen werden kann.

Laut Aussage des Tiefbauamts und des Grünflächenamts handelt es sich bei beiden Flächen um städtische Flächen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten

1. warum die Fläche seitlich des Gemeindegäßchens versiegelt wurde und wieso sie nicht begrünt wurde;
2. ob eine Entsiegelung und Begrünung möglich ist und welche weiteren Flächen in der Innenstadt als wilde Blumen- bzw. Bienenwiesen in Frage kommen;
3. ob und unter welchen Bedingungen Sonnensegel oder optional Regenschirme (wie in Arona bzw. Jerusalem) geeignet sind und welche Straßen dafür in Frage kommen;
4. ob im Bereich der Wasserspiele in der Schützenhofstraße oder an anderen Stellen im Bereich der Fußgängerzone weitere Sitzmöglichkeiten geschaffen werden können und inwiefern diese Sitzplätze durch Baumpflanzungen und/ oder Sonnensegel ergänzt werden können;

## 5. 21-F-20-0011

Saatgutbibliothek

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 23.06.2021 -

Viele Wiesbadener\*innen bauen auf ihrem Balkon oder in ihrem Garten Obst oder Gemüse an. In der Pandemie wurde dieser Trend zum Selbstanbauen noch weiter verstärkt. Saatgut kann man sogar schon im Supermarkt um die Ecke kaufen. Hier werden allerdings meist nur die gängigen Sorten angeboten, welche mit dem Ziel eines hohen Ertrags gezüchtet wurden, Geschmack und Nachhaltigkeit bleiben hier oft auf der Strecke. Viele Kommunen haben sich deshalb etwas überlegt, um die alten Obst- und Gemüsesorten wiederzubeleben. Sie bieten in ihren Bibliotheken nicht nur Bücher und Medien an, sondern auch Saatgut. Hier können sich Hobbygärtner kostenlos bedienen und auch selbst Samen ihrer Ernte zur Verfügung stellen. In Zeiten, in denen Saatgut gentechnisch verändert und privatisiert wird und die alten Sorten mehr und mehr verschwinden, sind diese Saatgutbibliotheken ein wichtiges Zeichen für mehr Nachhaltigkeit.

Die Saatgut-Initiative Wiesbaden hat solche Boxen bereits aufgestellt, beispielsweise im Umweltladen. Damit noch mehr Menschen auf diese Initiative aufmerksam werden, sollen diese Boxen nun, ähnlich wie in anderen Kommunen, auch in den städtischen Bibliotheken mitsamt der passenden Literatur zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen,

dass ein Konzept erarbeitet wird, wie das Thema Saatgut, Saatgutbibliothek und allgemein die Verbreitung von Saatgut in Wiesbaden vorangebracht werden kann. Hierbei sind die bislang mit Saatgut befassten Stellen (Umweltladen) und Initiativen einzubinden, besonders die Wiesbadener Stadtbibliotheken sind prädestinierte Orte, um weitere Saatgutbibliotheken einzurichten.

Das Konzept ist sodann im Umweltausschuss zu präsentieren, zu beraten und das weitere Vorgehen zu beschließen.

## 6. 21-F-22-0006

Quellen und Brunnen in den Wiesbadener Wäldern und Grünanlagen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 23.06.2021 -

Wiesbaden hat für das Jahr 2022 das „Jahr des Wassers“ ausgerufen. Dabei sollen u.a. die zahlreichen Wiesbadener Quellen in die Aufmerksamkeit der Bevölkerung gerückt werden. Auch die Wiesbadener Wälder verfügen über zahlreiche Wasserstellen, an denen sich Waldbesucher mit Wasser versorgen können. Diese sollten im Rahmen der Kampagne „Jahr des Wassers“ deutlicher hervorgehoben werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie viele Quellen und Trinkbrunnen derzeit in den Wiesbadener Wäldern und Grünanlagen zur Versorgung von Wanderern, Radfahrern und anderen Waldbesuchern zur Verfügung stehen, wie viele Brunnen derzeit inaktiv bzw. abgeschaltet sind und wann diese wieder in Betrieb genommen werden sollen.
2. die vorhandenen Trinkbrunnen in den Wäldern den Waldnutzern besser bekannt zu machen, z.B. durch eine bessere Beschilderung oder den Eintrag in Online-Kartendienste.

**7. 21-F-55-0015**

**ANLAGE zu Ziffer I.-14.**

Geplanter Trassenbau

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Im Sommer 2022 soll mit dem Bau einer sechs Kilometer langen Hochspannungstrasse, die durch die Gemarkungen Medenbach, Igstadt, Kloppenheim und Bierstadt führen wird, begonnen werden. Diese soll die Versorgungssicherheit der Wiesbadener und Rheingauer Stromnetze sicherstellen. Die betroffene/n Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümer\*innen, Landwirte, Jagd- und Forstwirtschaft, Interessenverbände und verantwortlichen politischen Gremien (Ortsbeiräte) wurden jedoch erst in den letzten Wochen verspätete und unzureichende über den geplanten Trassenbau informiert. Bei einem so erheblichen Eingriff in landwirtschaftliche Flächen, Naturräume und Erholungsgebiete, ist nichtnachvollziehbar, warum eine frühzeitige Beteiligung nicht erfolgen konnte.

I. Der Umweltausschuss möge daher beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ab welchem Zeitpunkt der Magistrat in die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens involviert war und ab wann und in welcher Form das Umweltamt informiert und eingebunden wurde,
2. welche sonstigen Akteure öffentlicher Belange in diese Vorbereitungen involviert waren,
3. auf welchen Rechtsgrundlagen das Verfahren betrieben wird bzw. werden soll,
4. ab welchem Zeitpunkt die Grundstückseigentümer informiert wurden,
5. wie den Belangen der betroffenen Ortsbezirke angemessen Rechnung getragen werden kann
6. welche alternativen Trassenführungen bislang geprüft wurden, insbesondere soll dargestellt werden,
  - a. ob ein Streckenverlauf entlang bestehender Infrastruktur, z.B. vom Knoten Diedenbergen entlang der A66 in Richtung Innenstadt möglich wäre,
  - b. ob und wie die Freileitung von Bischoffsheim nach Wiesbaden-Ost ggf. gegen ein Trassenentgelt von der Syna genutzt werden kann,
  - c. ob und wie die Freileitung von UA Marxheim nach Mechthilshausen genutzt werden kann,
  - d. ob und wie die Freileitung von Niedernhausen nach Eltville und Wiesbaden-Ost genutzt werden kann
  - e. ob und wie eine geplante Freileitung von Rüsselheim nach Wiesbaden-Ost genutzt werden kann.
7. die Syna GmbH möge darstellen unter welchen Voraussetzungen eine Überspannung des Tals in der Gemarkung Medenbach mit nur zwei Masten möglich wäre,

8. wie die weitere Vorgehensweise in Bezug auf das Planfeststellungsverfahren gedacht ist
  9. welche möglichen gesundheitlichen Risiken mit der geplanten Hochspannungstrasse einhergehen könnten bzw. nicht auszuschließen sind,
  10. wurde dem Faktor Umwelt- und Naturschutz vorher ausreichend Rechnung getragen, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen,
  11. welche geschützten und bedrohten Tier- und Pflanzenarten von den Maßnahmen betroffen werden und wie diese geschützt werden können,
  12. wie soll die mit der Baumaßnahme verbrauchte und folgend vollversiegelte Fläche ausgeglichen werden,
  13. ist das planfeststellungsbedürftige Vorhaben mit der bestehenden Bodennutzung vereinbar,
  14. ob es stimmt, dass laut einem Bericht des Syna gemäß § 14 Abs. 1 b EnWG vom 05.08.2020 (siehe Anlage) das Projekt bereits gemäß Ziffer 13 im Zuge der Netzentwicklungsplanung aufgegeben wurde. Falls ja, was die Syna bewegt hat, Ihre Meinung zu ändern.
- II. Der Magistrat wird weiterhin gebeten, eine vergleichende Darstellung der Möglichkeiten einer Erdverkabelung und eines oberirdischen Stromtrassenbaus vorzulegen. Hierbei soll insbesondere auf den Flächenbedarf, Eingriffe in den Naturraum, zu erwartende Emissionen sowie der Kosten eingegangen werden.

## 8. 21-F-16-0002

Umrüstung der Wiesbadener Busflotte auf Elektromobilität

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 21.06.2021 -

Wiesbaden rüstet seit einiger Zeit seine Busflotte auf Elektromobilität um.

In der Presse liest man immer wieder von Rückschlägen und Rückrufen u.a. wegen defekter Batterien. Im Februar diesen Jahres wurden die erst kurz vorher ausgelieferten und als Reichweiten-Innovation gefeierten Busse mit Feststoffbatterien wieder zurück gerufen, wegen Problemen mit eben diesen Batterien.

In dem Mannheimer Montagewerk von EvoBus brannte im Februar diesen Jahres gar ein Elektrobuss mit Feststoffbatterien auf dem Werksgelände aus.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit ist die Umrüstung der Busflotte in Wiesbaden auf Elektromobilität gediehen ist und welche Rückschläge gab es bisher?
2. Wie sehen die weiteren Planungen bezüglich Umrüstung der Wiesbadener Busflotte aus?
3. Wann soll die beschlossene komplette Umrüstung der Busflotte auf emissionsarme Antriebe abgeschlossen sein? Kann der angestrebte Termin 2022 gehalten werden?
4. Wie hoch ist die Ausfallquote der Wiesbadener Elektrobusse durch technische Defekte.
5. Welche Kosten hat die Umrüstung bis jetzt verursacht? Mit welchen Kosten rechnet die LHW noch?
6. Kommt die Firma Evobus der LHW wegen der Lieferverzögerungen bzw. Rückrufen preislich entgegen?
7. Welche emissionsarmen Alternativen zu Elektrobussen gibt es? Bzw. Welche Alternativen wurden geprüft?
8. Wie schätzt die LHW die Brandgefahr bei Elektrobussen ein.
9. Welche Vorsorgemaßnahmen wurden getroffen für den Fall eines Elektrobussbrandes?
10. Hat der Magistrat eine nachhaltige Strategie die ständig steigenden Verluste bei ESWE Verkehr einzudämmen?

11. Wie ist die Meinung und Haltung des Magistrates zum konstruktiv-kritischen Leserbrief von Herrn Dr. Christoph von Küster (FDP) der unserer Fraktion erlaubt hat den Text hier zu unserer Frage zu zitieren:

*"Irrweg?*

*Im Jahr 2017 gab ESWE Verkehr die Vision des emissionsfreien Nahverkehrs bekannt. Bis Ende 2022 sollten 221 Busse elektrisch unterwegs sein. Brennstoffzellenbusse und die Citybahn waren weitere Pläne. Die Energie sollte ESWE Versorgung liefern. Ein Umspannwerk mit 50 Megawatt Leistung sollte neu entstehen bei ESWE Verkehr. Von 56 Elektrobussen der ersten Bestellung sind jetzt knapp 40 geliefert. Probleme bereiten die Busse, die die neuartige LMP-Technologie (Feststoffbatterien) haben. Man erhofft eine Reichweite von 200 Kilometern und Einsatzzeiten von ca. 10 Stunden. Diese Batterien seien auch weniger brandgefährlich als NMC-Batterien. Am 01.02.2021 wurden hier die ersten 21 dieser Busse ausgeliefert. Am 19.02. gab ESWE Verkehr einen Rückruf des Herstellers für diesen Batterietyp bekannt. Bundesweit wurden 30 Busse aus dem Verkehr gezogen. Mögliche Isolationsfehler bei den Zellmodulen lägen vor, hieß es von Evobus. In Wiesbaden wurden alle Batterien dieses Typs ausgetauscht. Inzwischen sind die Busse wieder im Einsatz. Am Morgen fahren sie drei bis vier Stunden. Danach rücken sie ein und werden geladen. Am Nachmittag rücken einige nochmals für wenige Stunden aus. Für Dieselbusse sind sie kein gleichwertiger Ersatz. Zudem ist am 04.02. bei Evobus im Mannheimer Werk ein Bus mit Feststoffbatterien abgebrannt. Ob sich die Probleme der LMP-Technologie lösen lassen und die Vision von 2017 Realität wird, ist aus heutiger Sicht fraglich. Konkret sind dagegen schon die Pläne der Syna GmbH und der sw netz: Eine 110-kV-Freileitungstrasse soll zwischen Breckenheim und Bierstadt entstehen. Das Bierstadter Umspannwerk wird erweitert. Von dort ist eine Erdleitung zum neuen Umspannwerk bei ESWE Verkehr geplant. Inbetriebnahme: 2023."*

**9. 21-J-42-0012**

**ANLAGE**

Abfall in der Innenstadt

- Beschluss des Jugendparlaments Nr. 56 vom 18.05.2021 in Verbindung mit Nr. 64 vom 01.06.2021 -

**10. 21-F-69-0001**

Rattenbekämpfung in der Innenstadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 23.06.2021 -

Immer mehr Ratten machen sich in der Wiesbadener Innenstadt breit und stellen ein Hygiene- und Gesundheitsrisiko für Menschen und andere Tierarten dar. Der vermehrte Hausmüll, der insb. im Zuge der Corona-Pandemie angefallen ist, könnte dazu beigetragen haben. Im Bereich der Bonifatiuskirche und dem Luisenplatz ist im letzten Jahr aufgefallen, als diese Bereiche im Rahmen der Weihnachtsbeleuchtung in den Abendstunden erhellt wurden, dass dort ungewöhnlich viele Ratten unterwegs waren. Sowohl bei Bürgerinnen und Bürgern als auch bei Touristen wird durch die vermehrte Beobachtungen von Ratten die Intention einer „unsauberen Stadt“ bzw. ein „schlechtes Stadtbild“ ausgelöst. Dies ist sicherlich nicht nur ein Erscheinungsbild in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten

1. wie stark die Rattenbelastung in der Innenstadt ist und welche konkreten Maßnahmen bisher zur Eindämmung der Rattenausbreitung zu welchem Zeitpunkt unternommen wurden;
2. wie sich die Population in der Landeshauptstadt im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt hat;
3. ob die Rattenbelastung in der Innenstadt ein größeres Problem darstellt, als in den Wiesbadener Vororten und es in der Innenstadt mehr Ratten gibt, als in den Vororten. Wenn dem so ist, welche Gründe dafür ursächlich sind;
4. welche Maßnahmen bisher zur Eindämmung praktiziert wurden und welche geeigneten Maßnahmen darüber hinaus in Frage kommen, um die weitere Ausbreitung erfolgreich zu verhindern;
5. wie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wiesbaden für dieses Thema sensibilisiert werden können und
6. wie andere, vergleichbare Städte, mit der Eindämmung der Rattenpopulation umgehen.

## 11. 21-F-55-0016

Sachstandsbericht zum Jahr des Wassers

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. Februar 2020 die Vorbereitung einer gemeinsamen Ausstellung und Kampagne „Wiesbadener Jahr des Wassers“ zusammen mit dem Museum Wiesbaden 2022 beschlossen.

Zur Beschlussfassung wurde seitens des Dezernats I (WIEB) ein Entwurf für ein Rohkonzept (Stand November 2019) vorgelegt.

Da das „Jahr des Wassers 2022“ näher rückt, erscheint ein aktueller Sachstandsbericht sinnvoll, um auch aus umweltpolitischer Perspektive Einfluss auf die Gestaltung der geplanten Kampagne nehmen zu können und weitere Institutionen und Personen für die Vorbereitung und Durchführung zu gewinnen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht zur Vorbereitung des „Wiesbadener Jahrs des Wassers 2022“ geben. Dabei sollen insbesondere Informationen zum aktuellen Stand der Einbeziehung und Beteiligung der städtischen Ämter und Gesellschaften und deren Planungen, sowie zu den umweltpolitischen Aspekten der Konzeption gegeben werden. Da es sich um ein Projekt bzw. eine Kampagne der ganzen Stadt handelt, soll der Sachbestandsbericht auch besonders die am Rhein anliegenden sowie die anderen Stadtteile außerhalb der Innenstadt umfassen.

## 12. 20-F-03-0014

ANLAGE

Wiesbaden im Klimawandel - Trinkwasserversorgung und natürlicher Wasserhaushalt

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -
- Beschluss Nr. 80 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 01.09.2020 -
- Bericht des Dezernates I vom 17.06.2021 -

### **13. 20-F-20-0018**

**ANLAGE**

Klein- und Freizeitgärten - Flächenpotenziale nutzen und ökologische Bewirtschaftung fördern

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2020 -
- Beschluss Nr. 126 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 27.10.2020 -
- Bericht des Dezernates IV vom 23.04.2021 -

## **14. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen**

### **14.1 17-F-08-0013**

**ANLAGE**

Schließung des Schläferskopf-Laufbrunnens

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 08.03.2017 -
- Beschluss Nr. 191 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 26.11.2019 -

### **14.2 18-F-29-0001**

**ANLAGE**

Konzept zur Nutzung der Trinkwasser-Laufbrunnen

- Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2018 -
- Beschluss Nr. 192 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 26.11.2019 -

### **14.3 20-F-20-0007**

**ANLAGE**

Anliegerkosten für die Leerung von Straßenpapierkörben

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2020 -
- Beschluss Nr. 36 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 10.03.2020 -

### **14.4 20-J-42-0017**

**ANLAGE**

Verwertung der Abfälle von Supermärkten

- Antrag des Jugendparlaments vom 24.09.2020 -
- Beschluss Nr. 142 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 24.11.2020 -

## **15. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **19-F-21-0015** **ANLAGE**  
Taubenpopulation am Hauptbahnhof Wiesbaden  
  - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 -
  - Bericht des Dezernates II vom 14. Mai 2021 -
  
2. **20-F-21-0032** **ANLAGE**  
Einsatz von Recyclingmaterial aus Beton  
  - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -
  - Bericht des Dezernates V vom 11. Mai 2021 -
  
3. **21-F-03-0006** **DL 22/21-2**  
Mehr Grün in die Stadt  
  - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2021 -
  - *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*
  
4. **21-F-21-0004** **ANLAGE**  
Entsiegelung von Asphalt- und Betonflächen im Rahmen des Programms „Aktive Kernbereiche“  
  - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -
  - Bericht des Dezernates V vom 12. Mai 2021 -
  
5. **21-J-42-0003** **ANLAGE**  
Reduzierung der Lichtemissionen  
  - Antrag des Jugendparlaments vom 2. März 2021 -
  - Bericht des Dezernates V vom 17. April 2021 -
  
6. **21-V-01-0018** **DL 22/21-3**  
Sachstandbericht zum Vergabeverfahren City-Passage  
  - *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*
  
7. **21-V-05-0016** **DL 22/21-5**

Infrastrukturanlagen rund um die Wallauer Spange

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*

8. 21-V-20-0020 DL 20/21-2

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021

9. 21-V-61-0018 DL 22/21-11

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich „Parkhaus Berliner Straße“ im Ortsbezirk Südost - Entwurfsbeschluss -

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*

10. 21-V-61-0019 DL 22/21-12

Bebauungsplan „Parkhaus Berliner Straße“ im Ortsbezirk Südost  
- Entwurfsbeschluss

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*

11. 21-V-61-0022 DL 22/21-2 NÖ, 21/21-13

Wohnbauflächenentwicklung vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wiesbadener Straße/Carl-von-Linde-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim  
Erweiterter Aufstellungsbeschluss u. Beauftragung d. Verfahrensdurchführung

### Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen

1. 21-V-36-0010 DL 19/21-6 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 29.04.2021

2. 21-V-36-0011 DL 22/21-1 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 27.05.2021

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Seite 11 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 29. Juni 2021

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender